

## 2 Theoretisch-methodischer Rahmen und Vorgehen

Den theoretischen Rahmen der Untersuchung bildet die Konvergenztheorie, die Erklärungsmuster für konvergente Entwicklungen im Hochschulbereich bietet. Bezogen auf den Bologna-Prozess werden Arbeitshypothesen für die Untersuchung gebildet (Kap. 2.1). Die Untersuchung ist als Ländervergleich angelegt. Deshalb werden die vergleichende Methode und insbesondere die Funktionen des Vergleichs kurz skizziert und problematisiert (Kap. 2.2). Vor diesem Hintergrund werden nachfolgend die genutzten Quellen und der Untersuchungsrahmen näher beschrieben sowie der Untersuchungsaufbau erläutert (Kap. 2.3).

### 2.1 Konvergenztheorie

Mit Konvergenz werden in der Politikwissenschaft Tendenzen in politischen Wandlungsphasen hin zu mehr Übereinstimmung beziehungsweise zu der Minimierung von Variation zwischen mehreren Staaten oder im Hinblick auf internationale Normen bezeichnet. Divergenz ist der andere Pol der Entwicklungsrichtung neuer politischer Programme (*policies*)<sup>11</sup>, der zu größerer Verschiedenheit führt.

Der Begriff Konvergenz wird in der Europäisierungsforschung angewandt (Heinze/Knill 2008: 495f), um das Ausmaß nationaler Anpassungsleistungen an Normen der EU zu bestimmen. In den vergangenen Jahren wurde die These, dass nationale Politiken, Institutionen und Kulturen in vielen Bereichen konvergieren, in den Sozialwissenschaften extensiviert. (Holzinger/Jörgens/Knill 2007) Die Konvergenzforschung lässt sich auch als „*crossnational convergence policy*“-Analyse (Knill 2006) konzeptionalisieren, indem nicht nur ein Land auf seinen

---

11 Mit *policy* wird die Inhaltsseite von Politik bezeichnet. Der Begriff bildet zusammen mit *polity* und *politics* die klassische Trias zur Definition von Politik. Die letzten beiden beziehen sich auf die institutionelle Komponente (*polity*) und den Prozesscharakter (*politics*) von Politik. Weitere Umschreibungen von *policy* sind: Politische Programme, Staatstätigkeit, Regierungspraxis in den verschiedenen Politikfeldern und Politikgestaltung (vgl. Schubert 1991: 261) insbesondere staatlicher Akteure.

Europäisierungsgrad<sup>12</sup> hin untersucht wird, sondern mehrere Länder<sup>12</sup> zueinander in Bezug gesetzt werden. Konvergenz beschreibt in diesem Kontext die Entwicklungsrichtung mehrerer Staaten, die sich in Bezug auf Strukturen, Prozesse und die Umsetzung von Politiken immer ähnlicher werden. (Kerr 1983: 3) Das Besondere an der Konvergenzforschung ist die Verankerung im nationalen Bezugsrahmen auf unterschiedlichen Politikfeldern anstelle der außenpolitischen Ausrichtung (Holzinger/Jörgens/Knill 2007: 12); transnationale Konvergenz entwickelt sich aus bestimmten, historisch und situativ durchaus unterschiedlichen nationalen Bedingungen und reflektiert diese innerstaatlich. Ein Ländervergleich, der als Konvergenzstudie ausgeführt wird,

“[...] should address at least one clearly identifiable public policy or policy field in relation to at least two countries providing information on the developments over time.” (Heichel et al. 2005: 818)

Wesentlicher Fokus der Konvergenzforschung ist die Ebene des Regierungshandelns, der Politikinhalte und -ziele sowie der Instrumente und Maßnahmen, mit denen die Zielsetzungen verfolgt werden. (Heichel et al. 2005: 828) Die Konvergenzforschung untersucht dabei über einen längeren Zeitraum hinweg, in welchem Ausmaß die *policies* einander ähnlicher geworden sind – sei es in Bezug auf inter- und supranationale Normen, sei es im Hinblick auf andere Länder.<sup>13</sup>

Dabei sollte das konkrete Regierungshandeln, die Instrumente und Maßnahmen stärker fokussiert werden als die Absichtserklärungen von Regierungen,

12 Der Begriff Europäisierung umschreibt „a incremental process reorienting the direction and shape of politics to the degree that EC [European Community, A. d. V.] political and economic dynamics become part of the organizational logic of national politics and policy-making.“ (Ladrech 1994: 69)

13 Es kann zwischen verschiedenen Formen der Konvergenz unterschieden werden. Beispielsweise beschreibt die Sigma-Konvergenz, benannt nach der üblichen Faktorbezeichnung für Varianz in statistischen Berechnungen, die Tendenz eines Landes oder mehrerer Länder, die Bandbreite von Politiken zu reduzieren. Der *decrease of variation* (Heichel et al. 2005: 831) bedeutet jedoch nicht, dass sich die Länder tatsächlich ähnlicher werden. Sie können verschiedene Entwicklungsrichtungen aufgrund nationaler Spezifika aufweisen, die nicht aufgelöst werden, wenn auch Unterschiede und Varianten nationaler Politiken im Zeitverlauf geringer werden. (Knill 2005: 769) Dagegen beschreibt beispielsweise die Delta-Konvergenz die Entwicklungsschritte, die von mehreren Ländern zu einem gemeinsamen Modell als Fixpunkt unternommen werden (Heichel et al. 2005: 833f), und untersucht die Übereinstimmung von verschiedenen Faktoren mit dem externen Politikmodell. (Heinze/Knill 2008: 498) Die vorliegende Konvergenzanalyse operiert zwischen beiden Begriffen. Das ‚Bologna-Modell‘ ist kaum als Politikmodell zu beschreiben, dafür ist es zu unbestimmt. Die Fragestellung tendiert dahingehend, die Reduktion von Unterschieden zwischen zwei Hochschulsystemen (Sigma-Konvergenz) im Kontext eines nicht konsequent ausgestalteten europäischen Hochschulmodells (Delta-Konvergenz) zu hinterfragen. Insofern wird auf eine nähere Klassifizierung der Konvergenzform verzichtet und allgemein von Konvergenz gesprochen.

da auf programmatischer Ebene die Positionen im Bildungsbereich international teilweise sehr ähnlich sind, wie bspw. Bleicklie (2001) in einer Untersuchung über die Hochschulentwicklung in Großbritannien, Schweden und Norwegen zeigt.

Die Anlage der Untersuchung und das ihr zugrunde liegende Quellenmaterial spiegeln Letztgenanntes wider. Die Ebene der Absichtserklärungen (Programmatisierung) wird mit den Abschlusserklärungen der alle zwei Jahre stattfindenden Gipfelkonferenzen des Bologna-Prozesses reflektiert; sie wird als bereits konvergent angenommen (gemeinsame Bologna-Ziele).<sup>14</sup> Die Umsetzungsebene der Absichtserklärungen wird auf Grundlage der Regierungsberichte analysiert. Es handelt sich bei den Regierungsberichten um Fortschrittsberichte, die über den Stand der Umsetzung der Bologna-Ziele berichten. Sie geben die veranlassenden und durchgeführten Maßnahmen wieder.

Für die Entwicklung von Konvergenz werden unterschiedliche Erklärungsansätze herangezogen. Ein Erklärungsansatz bezieht sich auf Globalisierungsprozesse. Die vermehrte internationale Vernetzung löst einen so großen Wettbewerbsdruck aus, dass entweder Unterschiede bei bestehenden nationalen Regulierungsmustern in der Praxis abgeschliffen werden oder die Regierungen sich kontrolliert an die veränderten Bedingungen anpassen, indem sie neue gesetzliche Regelungen analog zu internationalen Entwicklungen, Abkommen und Vereinbarungen einführen. (Drezner 2001: 53) Konvergenz infolge von Globalisierung entsteht in zwei Ausprägungen. Nationale Regelungen werden abgebaut und Marktmechanismen verdrängen den Staat als Steuerungsinstantz (Deregulierung). Bleiben die staatlichen Akteure trotz ökonomischer Entgrenzung die lenkende Instanz, werden Konvergenzprozesse durch übereinstimmende Koalitionen aktiviert, die sich über rechtsverbindliche Verträge und Abkommen zu gemeinsamen Standards verpflichten (Harmonisierung). (Knill 2005: 765f)<sup>15</sup> In beiden Ausprägungen geraten die Regierungen unter Handlungsdruck.<sup>16</sup>

---

14 Diese (Vor-)Annahme wird im Rahmen der Konvergenzanalyse der Regierungsberichte in Kap. 5 überprüft (s. Kap. 5.2.6).

15 Knill bietet drei Konvergenzmechanismen an, neben Harmonisierung und Politikdiffusion auch den Politikdruck, der sich aus internationalen Verträgen ableitet. Letzterer wird hier als Form der Harmonisierung gewertet, weil er wie internationale Absprachen ohne rechtsverbindlichen Charakter genuin auf einem Konsens beruht. Ähnlich auch Drezner 2005: 842.

16 Dem internationalen Wettbewerb können sich Staaten nur durch Protektionismus entziehen, eine Handlungsoption, die vor dem Hintergrund europäischer Verpflichtungen und globaler Handelsströme in vielen Bereichen nicht mehr verfügbar ist. Der Harmonisierung können sich Staaten formal durch Nichtbeitritt entziehen, aber auch hier gilt, dass in vielen Bereichen der Nichtbeitritt prohibitive Nebenkosten verursachen würde oder Interdependenzen und externe Effekte kooperative internationale Standards notwendig machen. (Holzinger/ Knill 2005: 781f). Konvergenz kann auch einseitig und gegen den erklärten Willen einer Regierung erzwungen werden. Dies setzt allerdings asymmetrische Machtverhältnisse voraus. (Holzinger/ Knill 2005: 781f).

Ein zweiter Erklärungsansatz ist Politikdiffusion. Hier passen sich Nationalstaaten endogen an ein Politikmodell an.<sup>17</sup> Politikdiffusion, die zu Konvergenz führen kann, ergibt sich aus der Kenntnis international angesehener Modelle, die als Vorbild angenommen werden, das heißt, der Ansatz geht von gut informierten und international orientierten Politikern aus, die über gemeinsame Kommunikationsplattformen wie Mitgliedschaften in internationalen Organisationen und Institutionen, Gipfeltreffen und themenspezifische Konferenzen verfügen. (Knill 2005: 766f) Die Anpassung nationaler *policies* erfolgt nicht hierarchisch infolge von rechtlichen Normierungszwängen, sondern aufgrund von Anreizen und den Mechanismen des *soft law*, das für den Bologna-Prozess kennzeichnend ist. In gemeinsamen Institutionen werden nicht nur Politiken abgestimmt, sondern auch Wahrnehmungsmuster aneinander angeglichen; sie präfigurieren damit Interpretation und Lösungsmöglichkeiten von Problemen. (Holzinger/Knill 2005: 783f) Transnationale Kommunikation verursacht konvergierende Effekte nicht über Zwang oder Wettbewerb, sondern durch Lerneffekte, indem Erfahrungen anderer Länder genutzt werden (*lesson drawing*). Weitere Mechanismen, die in diesem Zusammenhang wirken, sind der Wunsch nach Konformität und die Befürchtung, hinter anderen Ländern zurückzubleiben. Die Mimesis eines Modells,<sup>18</sup> das bereits anderweitig existiert, wird durch dessen Akzeptanz extern legitimiert.

Für die vorliegende Untersuchung sind beide Erklärungsmuster plausibel. Der Hochschulbereich ist kein in der EU-üblichen Weise vergemeinschaftetes Politikfeld. Insofern lässt sich auf europäischer Ebene kein hierarchischer Anpassungsdruck auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ableiten. Jedoch kann der ‚Wettbewerb um die besten Köpfe‘ den Wettbewerbsdruck erzeugen, der die Staaten zu endogenen Anpassungsprozessen ohne immanenten Zwang motiviert. In Deutschland wie in Frankreich werden die Hochschulen fast vollständig öffentlich finanziert und insofern bleiben die beiden Staaten als Finanzgeber die dominierenden Akteure, die nicht von einem anonymen Marktmechanismus verdrängt werden. Mit der Organisation des Bologna-Prozesses, den

---

ger/Knill 2005: 781) Ein Beispiel hierfür ist die Politik des Internationalen Währungsfonds gegenüber den asiatischen Tigerstaaten in der Asienkrise (1997/98), den insolventen Regierungen nur unter der Bedingung von Marktöffnung, Währungsfreigabe und Rückzug des Staates Kredite zu gewähren (So gen. *conditionality*, vgl. Goldstein 2000).

17 Politikdiffusion wie auch Politiktransfer werden in der Politikwissenschaft als unterschiedliche theoretische Ansätze konzeptionalisiert. Von der Konvergenzforschung unterscheiden sie sich in ihrer Konzentration auf die externe (internationale) Dimension und die politischen Prozesse von Konvergenz. Einen differenzierten Überblick über die verschiedenen Formen bietet die Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 38 (2007) und das Journal of European Public Policy 12 (2005), darin insbesondere die Beiträge von Knill (764-774) und von Heichel, Pape und Sommerer (817-840). Letztere verweisen auf die Verwandtschaft der Ansätze: „...their general [is] in the subject of increasing policy similarity.“ (dies. 2005: 818).

18 Auch als Isomorphismus bezeichnet. (DiMaggio/Powell 1993; Raedelli 2000).

Konferenzen, Arbeitsgruppen und Dokumentationen sind ideale Bedingungen für transnationale Kommunikation gegeben. Die europäischen Hochschulpolitiker haben seit der Sorbonne-Erklärung eigene Kommunikationsräume entwickelt, in denen sie sich über ihre Ziele, Reformschritte, Themen und Probleme austauschen können. Das Monitoring im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess stimuliert die Regierungen, ergebnisorientiert zu handeln.

Als Katalysatoren in internationalen Konvergenzprozessen wirken ähnliche Voraussetzungen in verschiedenen Ländern. Zunächst sind hier institutionelle Übereinstimmungen zu nennen, wie sie beispielsweise in Wohlfahrtsstaaten vorherrschen. Auch die kulturelle und sozioökonomische Nähe von Gesellschaften begünstigen Konvergenzprozesse. (Knill 2005: 770) Der Charakter der Politiken ist für ihren Transfer in andere Länder insofern mehr oder weniger entscheidend, als teure und redistributiv wirkende politische Maßnahmen tendenziell seltener Nachahmer finden als Politiken, die kostenneutral bzw. deregulierend umzusetzen sind. Außerdem sind politische Maßnahmen, die auf Konvergenz ausgerichtet sind, schwieriger durchzusetzen, wenn sie sich auf Werte und traditionelle Paradigmen beziehen, weil diese wesentlich tiefer und länger in den Gesellschaften angelegt sind. Dagegen sind politische Instrumente oder oberflächliche institutionelle Strukturen leichter zu verändern. (Ebd.)<sup>19</sup> Auch ähnliche Problemlagen fördern konvergente Entwicklungen wie auch Politiken, die nur geringe Anpassungsanstrengungen voraussetzen, da die bestehenden Institutionen bereits große Ähnlichkeit mit dem Zielformat aufweisen.

Den Annahmen der Konvergenztheorie lässt sich der Ansatz der (historischen) Pfadabhängigkeit von Institutionen entgegensetzen. (North 2007; 1990) Mit Pfadabhängigkeit wird im Rahmen des Neoinstitutionalismus erklärt, warum sich trotz einer angestrebten gleichgerichteten Entwicklung oder ähnlicher Maßnahmen, Institutionen dennoch nicht ähnlicher werden. Die Ursache wird darin gesehen, dass Institutionen und Systeme in bestimmten kulturellen, politischen, sozialen und ökonomischen Zusammenhängen entstehen, die ihren Entwicklungspfad dauerhaft bestimmen. Antithetisch ließe sich dieser Ansatz erklärend heranziehen, wenn sich im Ergebnis der Untersuchung keine Belege für eine konvergente Entwicklung finden lassen.

Heinze und Knill haben einen theoretischen Analyserahmen zur Konvergenzforschung im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess veröffentlicht.<sup>20</sup> Die Adaption externer Zielsetzungen wie der des Bologna-Prozesses sei umso

---

19 Zur Unterscheidung der Akteurs- und Strukturebene sowie endogenen und exogenen Faktoren vgl. Bleicklie 2001: 11ff.

20 Heinze/Knill (2008): „Analysing the differential impact of the Bologna Process: Theoretical considerations on national conditions for international policy convergence“. In: Higher Education 56, 493-510.

stärker, je höher die allgemeine *compliance* mit europäischen und internationalen Normen sei. (Ebd.: 503-506) In Bezug auf institutionelle Faktoren sei im Falle ähnlicher Präferenzen der Regierungen und institutioneller Ähnlichkeit die Tendenz einer konvergenten Hochschulentwicklung zwischen mehreren Ländern zu beobachten, insbesondere dann, wenn die Meinungsvielfalt und Diskrepanzen unter den relevanten Akteuren gering seien (homogene Interessen). Je weniger Veto-Spieler beteiligt seien, desto wahrscheinlicher sei die Übereinstimmung mit einem externen Modell. Hochschulpolitiken verschiedener Staaten würden umso stärker konvergieren, je größer die sprachliche Nähe zwischen verschiedenen Ländern ausgeprägt und je ähnlicher die Universitätskultur sei. (dies. 2008: 500-503) Aus soziökonomischer Perspektive förderten ein ähnlich gelagerter Problemdruck und vergleichbare sozioökonomische Strukturen wie die technische Entwicklung und das durchschnittliche Qualifikationsniveau Konvergenz. Ein hoher Problemdruck im Hochschulbereich begünstige Konvergenz zusätzlich: je problematischer die Situation, desto höher die Anpassungsleistung.

Ausgehend von diesem Analyserahmen lassen sich für die vorliegende Untersuchung mehrere Arbeitshypothesen formulieren. Die Thesen ermöglichen insbesondere auch einen geschärften Blick darauf, in welchem Umfang die beiden Staaten die europäische Agenda des Bologna-Prozesses adaptieren.

Für Frankreich ist eine umfassendere oder zumindest frühere Adaption des gestuften Studiensystems zu erwarten als in Deutschland. Im Hinblick auf die Kompatibilität der Bologna-Ziele mit bestehenden Institutionen gibt es im französischen Hochschulsystem mehr Anschlussmöglichkeiten als im deutschen Hochschulsystem. In Frankreich kann das neue Abschlussystem ohne gesetzliche Modifizierung in das bestehende System integriert werden; in Deutschland müssen dagegen die Landeshochschulgesetze geändert und das gestufte Abschlussystem erstmals gesetzlich eingeführt werden. Im Hinblick auf andere Zielsetzungen wie beispielweise die Qualitätssicherung ist Deutschland adaptionsfähiger, da Qualitätssicherung als neu zu etablierender Hochschulbereich nicht an bestehende Strukturen anschließen muss. Dagegen muss die Qualitätssicherung in Frankreich im Hinblick auf die Vereinbarungen, die im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess getroffen wurden, umgearbeitet werden.

In Frankreich sind die hochschulpolitischen Strukturen für die Adaption der Bologna-Zielsetzungen günstiger als in Deutschland. In Frankreich dominiert das Bildungsministerium die Adaption des Bologna-Prozesses. Nur die Studierenden haben ausreichend Protestpotential, um als Veto-Spieler aufzutreten. Dahingegen kann es in Deutschland in der Kommunikation zwischen der Hochschulrektorenkonferenz, die die Interessen der Hochschulen vertritt, dem Bundesministerium und den zuständigen Institutionen auf Länderebene sowie den Länder untereinander eher zu an die verschiedenen Ansprüche angepasste Adaptionen kommen.

Ausgehend von der Annahme, dass die Adaption externer Zielsetzungen wie der des Bologna-Prozesses umso stärker sei, je höher die allgemeine *compliance* mit europäischen und internationalen Normen ausgeprägt ist, ist generell eine umfassende Adaption der Bologna-Zielsetzungen in beiden Ländern plausibel. In Anbetracht der Geschichte der europäischen Integration ist von einer hohen Adaptionsbereitschaft in beiden Ländern auszugehen. Auch die Annahme, dass bei ähnlichen Präferenzen der Regierungen eine konvergente Hochschulentwicklung zwischen mehreren Ländern wahrscheinlich ist, insbesondere dann, wenn die Meinungsvielfalt und Diskrepanzen unter den relevanten Akteuren gering sind, spricht für eine umfassende Adaption der Bologna-Zielsetzungen in beiden Ländern. Beide Staaten gehören mit der Sorbonne-Erklärung zu den Initiatoren des Bologna-Prozesses. Aufgrund der gemeinsamen Absichtserklärungen zum Abschluss der Gipfelkonferenzen ist von ähnlichen Präferenzen der deutschen und französischen Hochschulminister auszugehen. Wenn sich diese Annahme bei der Analyse der Regierungsberichte bestätigen sollte, spräche dies außerdem für konvergente Adaptionen der Bologna-Ziele. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Orientierung an einem externen Modell wie dem europäischen Studiensystem stattfindet, nimmt mit seiner Reichweite zu: Je mehr Staaten sich bereits für das zweistufige Abschlussystem entschieden haben, desto eher werden sich weitere anschließen. Die ständig wachsende Zahl der Unterzeichner der Bologna-Erklärung sowie die Adaption der Bologna-Ziele auch außerhalb Europas<sup>21</sup> belegen dies nicht nur, sondern verstärken das Argument. Die Bologna-Reformen können in den beiden Ländern teilweise kostenneutral durchgeführt werden und enthalten weder detaillierte noch normative Vorgaben in Form von Harmonisierungszwängen und Gesetzen. Im internationalen Hochschulsektor gibt es abgesehen von dem World Trade Organisation-Abkommen und der Lisabon-Konvention keine rechtsverbindlichen und damit regulativen Vorschriften. Nicht zuletzt betrifft dies auch die ideelle Umwidmung der kulturspezifischen Hochschultraditionen, die nicht per Beschluss stattfinden. Schließlich lässt sich in Anlehnung an eine These Daniel Drezners, die besagt, dass die Anpassung an ein weiträumig verbreitetes Modell umso wahrscheinlicher ist, je höher die

---

21 Beispielsweise haben die nordafrikanischen Mittelmeeranrainerstaaten Ägypten, Marokko, Tunesien und Algerien sowie Jordanien mit europäischen Partnern (Italien, Malta, Spanien, Frankreich, Slowenien, Griechenland, Türkei und Portugal) eine der Bologna-Erklärung vergleichbare Absichtserklärung mit dem Titel *Euro-mediterranean Area of Higher Education and Research* unterzeichnet. (Catania-Erklärung vom 29.01.2006) Eckpunkte sind die Ziele der Vergleichbarkeit und Lesbarkeit von Studienabschlüssen, transferfähige Leistungspunkte und gemeinsame Qualitätssicherungsgrundsätze. Die Prozessorganisation ist ebenfalls vergleichbar mit Bologna: Auf die erste Euromed-Ministerkonferenz in Kairo (2008) mit der programmatischen Abschlusserklärung „Auf dem Weg zu einem Euromediterranen Hochschul- und Forschungsraum“ sollen weitere (Nachfolge-)Konferenzen folgen.

Marktzugänglichkeit ist (ders. 2001: 59), ein positives Ergebnis für diese Untersuchung erwarten: Deutschland und Frankreich gehören zu den fünf größten Aufnahmestaaten ausländischer Studierender. Der wichtigere Faktor für die hohe Adaptionsbereitschaft beider Länder scheint jedoch die transnationale Kommunikation zu sein, die im Hochschulbereich insbesondere seit der Initiative von Sorbonne stark ausgeprägt ist. Der Bologna-Prozess wird – allen voran steht die Europäische Kommission – von internationalen Organisationen (z. B. Europarat, *United Nations Educational, Science and Cultural Organisation* [UNESCO]) als Prototyp beworben und verfügt somit über eine hohe externe Legitimation. (van Zanten 2004: 56f) Die Europäische Kommission fungiert inzwischen als einflussreicher Mediator und Promoter, der nach der Bologna-Erklärung Konferenz und Ziele immer wieder auf die Agenda gesetzt hat. (Wächter 2004)

Wenn Hochschulpolitiken verschiedener Staaten umso stärker konvergieren, je größer die sprachliche Nähe ist und je ähnlicher sich die Universitätskulturen sind, ist für die Adaption des Bologna-Prozesses in Deutschland und Frankreich jedoch ein geringer Konvergenzgrad zu erwarten. Wie in Kapitel 4 weiter auszuführen sein wird, unterscheiden sich die modernen Hochschultraditionen in Deutschland und Frankreich teilweise erheblich. Sprachlich ist von eingeschränkten Austauschmöglichkeiten auszugehen. Zwar ist in beiden Ländern die jeweils andere Landessprache Teil des regulären Fremdsprachenangebotes in den Schulen; es handelt sich dann aber nicht um einen gemeinsamen Sprachraum, sondern um erworbene sprachliche Kompetenzen, die sich auf einen bestimmten Personenkreis beschränken.

Aus soziökonomischer Perspektive sprechen ein ähnlich gelagerter Problemdruck und vergleichbare soziökonomische Strukturen wie die technische Entwicklung und das durchschnittliche Qualifikationsniveau für konvergente Entwicklungsmuster bei den deutschen und französischen Adaptionen des Bologna-Prozesses. In beiden Staaten hat die Bevölkerung einerseits durchschnittlich ein hohes Qualifikationsniveau; andererseits sehen sich Deutschland und Frankreich vergleichbaren Problemlagen wie der Krise der öffentlichen Finanzen, Kostenvorteile aufstrebender Volkswirtschaften und einer hohen Qualifikationsanforderung für die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung gegenüber. Aufgrund der Integration von immer mehr Politikbereichen in die Strukturen der EU sind außerdem Voraussetzungen geschaffen, die eine konvergente Entwicklung auslösen können.

Zusammenfassend seien folgende Arbeitshypothesen formuliert (zur Überprüfung der Hypothesen siehe Kap. 6). (1) In Bezug auf die Adaption des Bologna-Prozess ist von einer hohen Beteiligung am Bologna-Prozess von beiden Ländern auszugehen. Dabei ist zu erwarten, dass Frankreich einen etwas höheren Zielereichungsgrad der gemeinsam vereinbarten Zielsetzungen ausweisen wird



als Deutschland. (2) In Bezug auf konvergente Entwicklungen lässt sich keine eindeutige Entwicklungsrichtung prognostizieren. Sprachliche Differenzen und die unterschiedlichen modernen Hochschultraditionen weisen eher auf ein negatives Untersuchungsergebnis hin, während globale Rahmenbedingungen und sozioökonomische Aspekte eine konvergente Adaption des Bologna-Prozesses plausibel erscheinen lassen.

## 2.2 Vergleichender Ansatz

In der vorliegenden Untersuchung<sup>22</sup> wird mit der kriteriengeleiteten und themenspezifischen Gegenüberstellung von zwei Hochschulsystemen eine vergleichende Perspektive eingenommen, weshalb der vergleichende Ansatz insbesondere in der Hochschulforschung beleuchtet wird. Implizit ermöglichen die nach weitgehend gleichem Schema aufgebauten Kapitel über die Hochschulsysteme in Frankreich und Deutschland (Kap. 4.1. und Kap. 4.2) die vergleichende Analyse von Gemeinsamkeiten und Unterschieden unter verschiedenen Aspekten (Kap. 4.3). Der Vergleich der Adaptionen des Bologna-Prozesses in Frankreich und Deutschland erfolgt themenspezifisch (Kap. 5); die Themenfelder, die die Zielsetzungen der Bologna-Erklärungen widerspiegeln, fungieren als *Tertium Comparationis*.

Die Hochschulforschung betrachtet sich selbst als Teilbereich der Bildungsforschung (vgl. Teichler 2010), der sich durch die Festlegung auf Hochschulen als Forschungsgegenstand konstituiert. Die methodische Grundlegung der Hochschulforschung ist eher rudimentär und von den Bezugsdisziplinen Erziehungs- und Rechtswissenschaft, Soziologie, Psychologie, Wirtschaftswissenschaften und Politologie geprägt. Anstelle eines methodisch gesicherten Untersuchungsdesigns finden sich in den meisten Studien in der Regel lediglich kurze methodische Abhandlungen.<sup>23</sup> Dies ist der Multidisziplinarität der Hochschulforschung

---

22 Nach strengen methodischen Maßstäben ist diese Untersuchung kein expliziter Vergleich im Sinne eines historischen (Gesellschafts-)Vergleichs, der eine umfassende Kontextanalyse beinhalten würde (vgl. bspw. Kaelble 1999) und auch keiner im Sinne der Vergleichenden Erziehungswissenschaft, die mit einem an Leitfragen orientierten Analyseraster operiert. (Vgl. bspw. die Studie „Vertiefender Vergleich der Schulsysteme ausgewählter PISA-Staaten“ der Arbeitsgruppe Internationale Vergleichsstudie, hrsg. vom BMBF 2007 in 3. Auflage, insbesondere die Ausführungen zur methodischen Anlage, S. 23ff.)

23 Vgl. beispielsweise Teichler 1990; Kehm/Teichler 1996; Crespo et al. 1999; Schwarz/Teichler 2003. Die 1979 von Philip Altbach erstellte Bibliographie zur vergleichenden Hochschulforschung beinhaltet kein Kapitel über methodisch-theoretische Publikationen in der Fachdisziplin. Jürgen Schriewer, der ebenfalls vergleichend arbeitet, bezieht sich theoretisch auf Diskursanalyse und auf gesellschaftliche Prozesse, nicht auf systemische oder organisationstheoretische

und der Vielseitigkeit des Forschungsgegenstandes<sup>24</sup> geschuldet, der überwiegend mit dem theoretisch-methodischen Instrumentarium anderer Disziplinen beforscht wird. Einige Beiträge der Hochschulforschung haben eine gewisse Nähe zur Politikberatung und stellen, teilweise mit explizitem Auftrag, Steuerungswissen bereit; zudem werden ihre Erkenntnisse zur Legitimierung politischer Entscheidungen und Reformprozesse genutzt. (Zimmermann 2008) Auftragsforschung ist in der Regel anwendungs- und problemlösungsorientiert; theoretische Konzepte, die über die konkrete Aufgabenstellung hinausreichen, sind wenig gefragt. In den vergangenen Jahren zeichnet sich hier allerdings ein allmählicher Wandel ab.<sup>25</sup>

Die Zuordnung der Untersuchung scheint mit Blick auf die Wahl der geeigneten methodischen Zugänge von Bedeutung. Hochschulforschung lässt sich je nach disziplinärem Blickwinkel in vier Felder untergliedern. (Teichler 1996: 26) Erstens sind hochschuldidaktische, lehr- und lernbezogene Studien zu nennen, die sich mit der Lehre, den didaktischen Methoden, Prüfungskulturen und Bewertungsmaßstäben beschäftigen und die Hochschullehrer als Berufsgruppe untersuchen. (Bspw. Schulmeister/Metzger 2011.) Zweitens lassen sich Hochschulstudien, die sich mit dem Verhältnis der verschiedenen Fachstudien untereinander, der Relation praktischer und akademischer Studieninhalte sowie deren Qualität und Qualifizierungsfunktion beschäftigen, dem wissens- und fachbezogenen Feld zuordnen. (Bspw. Matei 2009; Rotter 2005.) Drittens kann Hochschulforschung strukturell-quantitativ konzeptionalisiert werden. Aspekte sind die Zulassungspraktiken in Hochschulsystemen, ihre Hochschularten und Binnendifferenzierung. (Bspw. Teichler 2011.) Viertens wird Hochschulforschung aus politik-, verwaltungs- und rechtswissenschaftlicher Perspektive betrieben und befasst sich mit Fragen der Hochschulpolitik und der Hochschulsteuerung und -organisation, des Verhältnisses von Hochschulen und Staat, der Hochschulverwaltung, der Finanzierung und der gesetzlichen Verankerung. (Bspw. Lange/Schimank 2007; Musselin 2001.)

Indem die vorliegende Untersuchung nach einem möglichen Anpassungsprozess des deutschen und französischen Hochschulsystems fragt, ist sie insbe-

---

sche Aspekte. (Schriewer/Kaelble 1999) Auch das International Handbook of Higher Education (Forest/Altbach 2006) bietet keine entsprechende Vertiefung.

24 Dieser lässt sich beispielsweise anhand der Bilanz der Comparative Education Review, einem der ältesten Journale der Vergleichenden Erziehungswissenschaft, ablesen, die Forschungsansätze aus Beiträgen eines Jahrzehnts extrapoliert. (Altbach/Kelly 1986).

25 Hochschulforschung findet zwischenzeitlich in Deutschland in mehreren Masterstudiengängen wie an der Universität Kassel im Masterstudiengang „Higher Education/Hochschulforschung und Gestaltung“ Ausdruck im Studienangebot, die als eigenständiges Studienfach auch den Grundstein zur Rekrutierung eines eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses jenseits des interdisziplinären Quereintritts legen.



<http://www.springer.com/978-3-658-05276-8>

Der Bologna-Prozess in Frankreich und Deutschland im  
Vergleich

Sieh, I.

2014, XIV, 224 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-05276-8